Die kapitalistischen Gemeindeverwaltungen sind

Instrumente der Sozial- und Kulturreaktion

Lohn- und Gehaltsabbau statt Unterstützung . Zwangsarbeit . Mietwucher in Gemeindebauten . Abbaufront von den Nazis bis zur SPD . Werktätige, kämpft für rotes Selbsthilfeprogramm der KPD!

(Arbeiterkorrespondenz 58)

In der ersten Gemeindeverordnetensitzung von Hirschfelde wurde der Jahresbericht erstattet, dem der Rückgang auf allen Gebieten sofort anzusehen war. Die kommunistische Fraktion hatte gegen die Bürgersteuer folgenden Antrag eingebracht:

„Die Verordneten beschließen, allen Lohn- und Gehaltsempfängern von Hirschfelde, deren Bruttoverdienst 35 Mark wöchentlich nicht übersteigt, die Bürgersteuer zu erlassen und bereits gezahlte Beträge durch die Gemeinde zurückzuzahlen."

Bei der Präsidiumswahl wurde als 1. Vorsitzender Geißler von den Bürgerlichen gewählt, als 2. Vorsteher unser Genosse Rau. Die Löbauer Volkszeitung tobt ob des Ergebnisses. Das Ansinnen des Hausbesitzervereins, die Gemeinde als wohnungsmangelfrei zu erklären, wurde abgelehnt. Zu dem Bericht über Abbaumaßnahmen in der Sozialpolitik sprach Genosse Rau, der in klaren Worten die Ursachen zu dieser Politik aufzeigte. Im nächsten Punkt wandte sich Genosse Rau gegen die Preispolitik der ATW, während dort die Direktoren Riesengehälter erhalten, wird für die Kleinstromabnehmer eine geradezu lächerliche Tarifänderung durchgeführt. Die Erwerbslosenelendsziffern lauten: 190 männliche und 106 weibliche Erwerbslose, davon ausgesteuert 88 männliche und 23 weibliche, hiervon beziehen nur 36 männliche und 8 weibliche Wohlfahrt. **Arbeiter, lest die Arbeiterstimme und das Volksecho!**

Mit Zwang zur Arbeitspflicht

(Arbeiterkorrespondenz 66)

Mittelherwigsdorf. Durch Diktat der Amtshauptmannschaft des Herrn Rahmann ist in allen Orten dieser Amtshauptmannschaft die Pflichtarbeit eingeführt. Ohne festes Schuhwerk und Kleidung müssen Erwerbslose Pflichtarbeit für Bettelpfennige verrichten. Erwerbslose hatten sich nun mit einem Gesuch an das Gemeindeamt gewandt, indem sie um Kleidung zur Ausübung der Pflichtarbeit ersuchten. Eine Antwort erhielten sie nicht. Dafür erhielten sie ein Paar Holzschuhe. Mit diesen verweigerten sie die Pflichtarbeit. Prompt erhielten sie ein Schreiben des Bürgermeisters, dessen Inhalt lautete:

„Wenn bis Sonnabend keine Pflichtarbeit geleistet wird, fällt die Unterstützung aus."

Als sie nun ihr Geld holen wollten, erhielten sie dasselbe verweigert. Darüber kam es zu lebhafter Diskussion. Vorsorglich hatte der Bürgermeister den Wachtmeister von Oderwitz bestellt. Die empörten Erwerbslosen wurden aufgefordert, das Gemeindeamt zu verlassen, sonst würde er (der Bürgermeister) gegen sie Anzeige erhalten wegen Hausfriedensbruchs. Ein Erwerbsloser hatte seine Familie, bestehend aus Frau und 4 Kindern und erklärte dem Bürgermeister:

„Hier haben Sie meine Frau und Kinder, ernähren Sie selbige, ich selber werde mich kümmern."

Das mochte dem Herrn Bürgermeister sehr unerwartet gekommen sein, denn er bewilligte ihm sofort 5 Mark. Am Montag ging der Erwerbslose aufs Gemeindeamt und holte sich den Rest des Geldes. Dabei erlaubte sich Herr Scholze — wie uns mitgeteilt wird — folgende Bemerkungen, er werde, wenn er sich das noch einmal wagen sollte, ihn sofort verhaften lassen. So sieht eure Gemeindeverwaltung aus. Der hungernde Erwerbslose soll verhaftet werden. **Es ist notwendig, daß sich die Erwerbslosen zusammenfinden und gemeinsam mit den im Betrieb stehenden Arbeitern den Kampf aufnehmen gegen diese Zustände, gegen Sozialreaktion und Zwangsarbeit.**

Um die Festsetzung der Mieten

Oberseifersdorf. Im Bericht über die Gemeindeverordnetensitzung (erschienen am 15. 1. 32 in der Arbeiterstimme, am 16. 1. im Volksecho) muß es heißen, daß die SPD-Fraktion mit den Bürgerlichen dem Antrag der KPD betreffend Herabsetzung der Neubaumieten, nach längerem Winseln über das ungesetzmäßige dieses Antrages zustimmte, und nicht, wie fälschlich überschrieben wurde, abgelehnt hat. Allerdings wird man ihre praktische Unterstützung dieses Beschlusses erst dann sehen, wenn die Neubaumieter sich die Mietherabsetzungen außerparlamentarisch erkämpfen müßten, was sicherlich eintreffen wird; denn die Amtshauptmannschaft wird auch diesen Beschluß für ungültig erklären, wie man es ja bereits mit dem einstimmigen Beschluß über die Erlassung der Bürgersteuer getan hat.

Deshalb, Neubaumieter, wehrt euch gegen diese Zwangsmaßnahmen! Darbt euch nicht den letzten Groschen vom Munde ab zur Bezahlung der hohen Mieten! Kämpft mit der KPD gegen diese faschistischen Notverordnungsmethoden — für ein freies, sozialistisches Deutschland — für Arbeit, Brot und Freiheit! Abonniert die Arbeiterstimme oder das Volksecho!

•

(Arbeiterkorrespondenz 79)

Oberseifersdorf. Immer krasser zeigt sich der kapitalistische Niedergang. Städte, Bezirksverbände und Gemeinden sind bankrott, desgleichen die verschiedenen Versicherungen, die einst dem abgerackerten Arbeiter einen stillen zufriedenen Lebensabend zusicherten. Heute kürzt man die Hungerrente dieser alten Leute brutal und rücksichtslos. Desgleichen treibt man die Kriegsopfer in Elend und Verzweiflung und beweist ihnen so den Dank des Vaterlandes. Ueber den Krankenkassen schwebt der Pleitegeier. Verrecke, Proletarier! Die minimalen Wohlfahrtssätze werden gekürzt, auch hier in Oberseifersdorf. Kein Geld — kein Geld — klagen gutbezahlte Bürgermeister und sozialdemokratische Amtshauptmänner! Die noch in Arbeit stehenden Proleten werden bis aufs äußerste ausgebeutet und angetrieben — für ein Trinkgeld — für einen Hundelohn. Die Löbauer Volkszeitung schreibt am Freitag, dem 15. Januar, zu dem ungeheuerlichen Lohnabbau sinngemäß folgendes: „Leider (!) ist dagegen nichts zu machen!" Kein Wort von Kampf. Betriebsarbeiter, besinnt euch! Wollt ihr hinter der Maschine verhungern? Dem Kleinbauer pfändet man die letzte Kuh aus dem Stalle — dem Großgrundbesitzer wirft man Tausende in den gierigen Rachen. Kein Umsatz mehr bei kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden, die Pleite steht vor der Tür, aber erhöhte Bürgersteuer usw. Dafür Riesengehälter an Direktoren usw. — Riesenpensionen an kaiserliche Generale für „mobilerwerbene Rechte".

Wir fragen euch, Werktätige, wie lange noch? Wie lange wollt ihr noch den SPD-Bürokraten nachlaufen, die all diese Schändlichkeiten tolerieren und dulden, ja, die auch einem Hitler noch die Stiefel lecken werden? Wie lange noch, Proletarier? **Wir rufen euch! Nur durch unerbittlichen außerparlamentarischen Kampf unter Führung der KPD können wir uns ein besseres Dasein schaffen. Schließt die rote Einheitsfront, die Militärfront der Geknechteten!**

•

(Arbeiterkorrespondenz 81)

Seifhennersdorf. In der Nummer 14 des Freiheitskampfes vom 18. Januar geben die Nazis einen Bericht über die letzte Gemeindeverordnetensitzung vom 29. Dezember 1931, betitelt **„Gemeindepolitik der Marxisten."** Sie schreiben, die Seifhennersdorfer Gemeindeverordnetensitzungen machen den Eindruck, als wären sie ein Kasperletheater, zum anderen habe es keinen Zweck mehr, dort drinnen zu sitzen. Jawohl, diese einzige Tat der Nazitherrlichkeit, welche alle Verschlechterungen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik mitmacht und überhaupt keine blasse Ahnung vom Kommunismus und Arbeiterpolitik hat, kann nur verschwinden, wir und die Proleten geben ihm noch den sichersten Fußtritt dazu. Daß sich die KPD und SPD in den Sitzungen dauernd in den Haaren liegen, paßt ihm auch nicht. Wir können das verstehen, denn bei diesen Dritten-Reich-Gründern ist Heiterkeit höchste Pflicht und in den Parlamenten Ruhe erste Bürgerpflicht. Bei der Erwerbslosensiedlung, welche die Kommunisten ablehnten, sind sie mit der Gulche im Freiheitskampf dagegen, im Gemeindeparlament stimmen sie dafür. Es geben auch ohne weiteres zu, daß diese Anregung aus dem Programm stammt. Wir nennen das Illusionspolitik gegenüber den Erwerbslosen. Dann kamen die Anträge der Wirtschaftsgruppe der KPD-Fraktion dran. Dieses strategische Gefecht der Kommunisten können sie überhaupt nicht verstehen. Es ist genau so bei den Sozialdemokraten. Es hätte euch so gepaßt, wenn wir dieses Theater mitgemacht hätten. Ihr seid durchschaut, eure Illusionspolitik den Mietern gegenüber wird ständig aufgedeckt werden. Stimmungsmache nennen diese Hitlerleute die sich immer mehr und mehr zuspitzende politische Lage. Ihr Nazileute, die Massenmobilisierung wird immer größere Kreise erfassen und eines schönen Tages wird der ganze Nazispuk vorüber sein.

Achtung, Genossen! Ausbildung am Maschinengewehr und am Karabiner

erhalten die Reichswehrsoldaten. Ausbildung an der theoretischen Front des Klassenkampfes brauchen noch tausende und aber tausende Proleten. Darum Genosse, vergiß nicht zu werben und zu agitieren für das Sächsische Volksecho! Es erscheint in illustrierter Ausführung. Heran an die Arbeit, Genossen! — Das Soll muß erreicht werden bis zum 31. Januar 1932.

Schulschließung wegen Kohlenmangels

Bürgermeister empfiehlt den Eltern Briketts in die Schule mitzuschicken . Während hunderttausende Tonnen Kohlen auf den Halden liegen, frieren die Arbeiterkinder

Wir mußten uns schon mehrfach mit den auf dem Gebiete der durch die Einsparungen bei den Schulen durch die Schieck-Regierung entstandenen Zuständen beschäftigen. Jetzt erhalten wir wieder eine neue Mitteilung, die drastisch zeigt, was die herrschende Klasse für die Volksschule übrig hat. So wird uns geschrieben:

(Arbeiterkorrespondenz 65)

Mittelherwigsdorf. Die Zustände in unserer Gemeinde werden immer trauriger. Die Lehrerschaft erklärte den Kindern, sie sollten Briketts mitbringen, sonst würde die Schule am nächsten Tag geschlossen. Es war aber festzustellen, daß nur wenige, vier oder fünf Kinder, Kohlen mitbrachten. Daraufhin wurde die Schule am 19. Januar bis auf weiteres geschlossen. Man erwartet, daß von Dresden Nachricht oder Geld kommen soll. Also so weit ist es nun schon gekommen! Es wird Zeit, daß die Elternschaft von Herwigsdorf einmal besser aufpaßt. Warum beruft man nicht von seiten des Schulausschusses eine öffentliche Elternversammlung ein? Dort werden einmal die proletarischen Eltern über derartige Zustände Stellung nehmen. Uebrigens war in diesem Winter noch keine große Kälte zu verzeichnen, aber trotzdem wird die Schule wegen Kohlenmangel geschlossen. Die Elternschaft fordert darüber Aufklärung, wie solche Zustände in unserer Gemeinde möglich sind. Wir berichten noch darüber.

Während auf den Halden hunderttausende Tonnen Kohlen lagern und von den durch Gehaltsabbau Betroffenen nicht gekauft werden können, während tausende und aber tausende Kumpels aufs Straßenpflaster fliegen, bleiben Schulen ungeheizt und müssen die Kinder in kalten Räumen frieren. Zum Skandal wird die Sache, wenn Kindern Erwerbsloser zugemutet wird, Briketts mit in die Schule zu bringen. Wo wollen sie, denen durch die Unterstützungskürzungen das letzte Stück Brot genommen wurde, Kohlen hernehmen? Sie würden froh sein, wenn sie Brennmaterial zur Heizung ihrer eigenen Räume hätten. Auch hier aber ist ihnen alles abgebaut. **Herr Rahmann, der SPD-Amtshauptmann für die Amtshauptmannschaft Zittau, hat schon längst dafür gesorgt, daß die Unterstützungssätze im Bezirksfürsorgeverband Zittau-Land die niedrigsten in ganz Sachsen sind. So wird Stück um Stück auf dem Gebiete der Sozialpolitik abgebaut. Wollen die Werktätigen weitere Verelendung verhindern, dann gilt es hiergegen Front zu machen und sich einzureihen zum Kampf für den Sozialismus, der allein den kulturellen Aufstieg verbürgt.**

Gibt es auch in Kamenz Korruption?

Kamenz. Durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ging vor einigen Tagen eine Meldung, daß der Polizeikommissar Schubert sich erschossen habe. Er war vom Amt wegen schweren Verfehlungen suspendiert worden. Am Dienstag dem 12. und Mittwoch dem 13. 1. sollte vom Großen Schöffengericht Bautzen im hiesigen Stadtverordnetensaal gegen Schubert verhandelt werden. Die Anklage lautete auf Unterschlagung, Betrug, Beiseiteschaffung von Urkunden usw. Insgesamt 14 Fälle. Deshalb verübte Schubert Selbstmord. Die Arbeiterschaft von Kamenz kannte diesen Nazifreund, der bei ihren Demonstrationen immer brutal und rücksichtslos einschlug. Die werktätige Bevölkerung von Kamenz sieht erneut, wie sich die tapferen Vorkämpfer des dritten Reiches entpuppen. Darum Schluß mit diesem Pack! Kommt zur KPD und kämpft mit ihr!

Roter Vormarsch in der Lausitz

Ueberall neue Kämpfer und neue Ortsgruppen in der Roten Front

(Arbeiterkorrespondenz 72)

Am Sonnabend, dem 16. Januar, hielt die Ortsgruppe Oppach der KPD eine Diskussionsversammlung in der Fuchsbergschenke ab. Genosse Gäbler zeigte den anwesenden Arbeitern die Notwendigkeit der roten Einheitsfront gegen Brüningdiktatur, Gehalts-, Lohn- und Unterstützungsraub auf. In der einsetzenden Diskussion sprachen sich alle Redner für die Stärkung der Partei und Presse aus. 8 Neuaufnahmen für die **KPD waren der Erfolg des Abend. Am nächsten Tag marschierte die Werbekolonne für die Presse auf. Es wurden 70 Volksechos und 25 Tribunale umgesetzt und 4 Abonnenten für das Volksecho neu gewonnen.**

Neue Ortsgruppe der KPD

(Arbeiterkorrespondenz 80)

Kleinschönau. Am Montag wurde in Kleinschönau eine neue Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gegründet. Arbeiter von Kleinschönau, folgt dem Beispiel, schließt euch der Kommunistischen Partei an und werdet Leser der revolutionären Presse!

•

(Arbeiterkorrespondenz 78)

Oberseifersdorf. Hier sprach in einer vom RJVD einberufenen öffentlichen Versammlung Jugendgenosse Meßner, Zittau, über seine Eindrücke in der Sowjetunion. Anschließend gedachte Genosse Hentschke unserer Führer Lenin, Liebknecht, Luxemburg. Die Versammlung selbst war ein außerordentlicher Erfolg für die revolutionäre Bewegung. Drei Arbeiter traten sofort der Partei bei und eine Genossin dem RJVD.

Rot Front, ihr neuen Kämpfer! Unermüdlich, mit neuem Elan werden wir werben für die Arbeiterstimme und das Volksecho, um Aufklärung unter die Werktätigen zu bringen — unermüdlich werden wir es weiter den Arbeitern einhämmern, daß es nur einen Ausweg aus der Elendslage gibt — das ist der Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland!

•

(Arbeiterkorrespondenz 79)

Löbau. Die letzte von der KPD einberufene Versammlung, in der Oberleutnant Freadrich sprach, war glänzend besucht. Schon lange vor Beginn mußte sie polizeilich gesperrt werden. Hunderte erhielten keinen Einlaß mehr. Die Nazis hatten vorgezogen, den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen. Die Nazihäuptlinge waren gelnistet. Dafür versuchten sie im „Schlesischen Hof" ihre Dreckspritzer loszuwerden. In der Diskussion sprach ein Vertreter der SAP. Die Versammlung war ein voller Erfolg für unseren Ort. Wir werden weitere einberufen.

Kommunistischer Vorstoß in Seitendorf

Seitendorf. Hier ist nach den letzten Gemeindevertreterwahlen die KPD das erstemal im Kollegium vertreten. In der ersten Sitzung, in der die Wahlen für das Präsidium durchgeführt wurden, wurde der Genosse Herzog mit in den Gemeinderat gewählt gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten. Im Erwerbslosenausschuß und beim Bund der Kinderreichen auch im Wohlfahrtsausschuß der Gemeinde Sitz und Stimme eingeräumt.

Am 16. 1. fand hier eine gutbesuchte LPL-Kundgebung statt, in welcher eine Anzahl Abonnenten für die Arbeiterstimme und für das Volksecho geworben wurden.

Seifhennersdorfer Jugend und alle Werktätigen!

Mittwoch, den 27. Januar, 20 Uhr, in der Krone öffentliche Jugendversammlung. Thema: „Die Jugend in Deutschland und in Sowjetrußland." Referent: Gen. E. Wenzel, Zittau. Freie Aussprache. Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

RJVD Seifhennersdorf

Abfuhr der Nazis bei den Neugersdorfer Arbeitern

(Arbeiterkorrespondenz 88)

Neugersdorf. Hier sprach der Nazi-Meyer über: „13 Jahre sozialistische Republik." Er verzapfte den größten Unsinn. Die empörten Zwischenrufen gaben ihm die Einwohner zu verstehen, daß er mit diesem Quatsch bald Schluß machen müsse.

In der Diskussion sprach Genosse Mänzig. Er widerlegte ihm seinen Unsinn unter starkem Beifall der anwesenden Bauern. Nachdem er 10 Minuten über seine Zeit gesprochen hatte, wurde er am Weitersprechen gehindert und es wurde ihm von Meyer erklärt, er werde sofort an die Gauleitung berichten, daß Mänzig in keiner sächsischen Nazivversammlung mehr sprechen dürfe. **Darauf verließen die Arbeiter unter Singen der „Internationale" geschlossen den Saal und Meyer konnte mit seinen Getreuen seine Versammlung wahrscheinlich unter Kaffee und Kuchen zu Ende führen.**

Klagen aus dem Albertheim

Zittau. Im Albertheim ist in der Zeit vom 3. bis 8. Januar die Köchin auf Urlaub gewesen. In dieser Zeit hat sich der Inspektor selber gekocht. Während dieser Tage hat man beim Essen weder Geruch noch Geschmack gehabt haben. Einen Tag gab es Klöße, die waren kaum zu sehen. Die Kartoffeln waren trocken, mit Sauce wurde recht sparsam umgegangen. Zum Abendbrot gibt es bitter nur einen Apfel und der ist auch nicht einwandfrei. Es scheint, daß an diesen alten Leuten besonders gespart werden soll. Wir fordern, daß diese Uebelstände abgeschafft werden.